



## Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 17.12.2010

### Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 09.12.2010, 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

#### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE
------------------------	-------

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	ab 17:50 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer	Die Linke.Köln
--------------------------	----------------

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU

Herr Heribert Resch	CDU
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Henriette Reker	
Herr Manfred Kaune	
Herr Rainer Liebmann	stellvertretend für Herrn Prof. Dr. Drösemeier
Frau Johanna Preßmar-Cuber	
Herr Peter Winkels	

### **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge

### **Gäste**

Herr Dr. Marcus Trier

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Frau Barbara Röttger-Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 2.1 Positionspapier  
Auswirkung des Einsatzes von Streusalz auf Straßenbäume  
5131/2010

#### 3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

- 3.1 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen  
Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 21.09.2010  
4786/2010

- 3.2 Vorbeugende und ahndende Maßnahmen gegen Werbeaufkleber  
Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.11.2010  
AN/2115/2010  
  
Beantwortung der Anfrage  
5201/2010

- 3.3 Verschwundene Abfallbehälter im Pantaleonsviertel  
Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.11.2010  
AN/2113/2010  
**Antwort s. TOP 2.1 im Betriebsausschuss Abfallwirtschaft**

#### 4 Mündliche Anfragen

#### 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

- 5.1 Strukturen in der Umweltbildung  
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010  
AN/2016/2010

#### 6 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 6.1 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Mülheim  
2. Durchgang  
4149/2010  
**von der Verwaltung zurückgezogen, da die BV Kalk einen gleichlautenden Beschluss gefasst hat**

- 6.2 Kleingartenanlage Im Merheimer Felde in Köln - Holweide  
hier: Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen des Finanzplanes  
3108/2010

**7 Mitberatung von Planungsvorlagen**

**8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

**9 Mitteilungen**

- 9.1 Veranstaltungszentrum Flora  
Beseitigung eines Naturdenkmals (fünf Rosskastanien)  
4907/2010
- 9.2 Unterschutzstellung der Terrassenkante im Bereich Herrigergasse/Alter Militärring als Naturdenkmal  
hier: Sachstand zum Ratsbeschluss vom 07.10.2010  
4939/2010
- 9.3 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008  
4727/2010
- 9.4 Regionale 2010 - Rheinboulevard  
Entwurf zur Integration der archäologischen Befunde in die Gestaltung des Rheinboulevards  
hier: Aktuelle Informationen (ohne schriftliche Vorlage)

**II. Nichtöffentlicher Teil**

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine.

### **2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **2.1 Positionspapier Auswirkung des Einsatzes von Streusalz auf Straßenbäume 5131/2010**

RM Herr Brust schlägt vor, dieses Thema, so wie das Thema zur Laubbeseitigung auf Verkehrswegen, mit den AWB in der Januarsitzung zu diskutieren. Ihn interessiere, inwieweit diese Richtlinien der Gärtner auch in die Überlegungen der AWB einfließen und in Köln umgesetzt werden.

RM Frau Welcker sieht dies ähnlich und regt an, die Beantwortung, die als Tischvorlage umgedruckt ist, ebenfalls noch mal im Januar auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

SB Herr Arlt möchte wissen, wie das Problem des Streuens der Hauseingänge am besten gehandhabt wird.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass auch diese Frage am 20.01.2011 erörtert wird.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung zur Kenntnis und bittet, sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

### **3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

#### **3.1 Schutz von freilaufenden Katzen, wild- und freilebenden Tieren und Menschen durch Kastration und Kennzeichnung freilaufender Katzen Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 21.09.2010 4786/2010**

SE Herr Fischer zeigt sich mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage nicht zufrieden. Da die Fraktion DIE LINKE in der Anfrage von „Medien“ gesprochen habe, die Verwaltung in ihrer Antwort explizit nur auf einen Bericht im EXPRESS hinweise, frage er (Zitatbeginn):

1. Ist der Verwaltung bekannt, dass auch andere Medien, wie beispielsweise der Kölner Stadtanzeiger darüber berichteten?
2. Ist dem Dezernat bekannt, dass das Presseamt hier vorab eine Pressemitteilung herausgegeben hat?

3. Ist dem Dezernat bekannt, dass in eben jener Pressemitteilung unter anderem steht: „...prüfen derzeit die Veterinäre der Stadt Köln, ob ein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für Freigängerkatzen in Köln rechtlich durchzusetzen ist.“ und wie passt das zur Antwort der Verwaltung in der es heißt, dass keine Initiative des Veterinäramtes stattgefunden habe?
4. Teilt die Verwaltung die Auffassung der LINKEN, dass es sich bei der Stadt Paderborn und den Gemeinden Bünde und Delmenhorst, die eine ordnungsbehördliche Verordnung zur Kastration und Kennzeichnung von freilaufenden Katzen eingeführt haben um Orte handelt, die im selben Staat und sogar im selben Bundesland liegen, wie Köln und dass diese dementsprechend die selben Landes- und Bundesgesetze – insbesondere, das von der Verwaltung zitierte Grundgesetz – gelten, wie für Köln, wo eine solche Verordnung rechtlich nicht möglich scheint?
5. Die von der LINKEN gestellte Frage 3 wurde inhaltlich nicht beantwortet, da explizit gefragt wurde, ob vorbeugende Maßnahmen sinnvoll seien.
6. Die Verwaltung berichtet über die untragbare Situation der beiden Kölner Tierheime. Führt die Verwaltung darüber hinaus auch Gespräche mit anderen Organisationen wie Straßenkatzen e.V. oder Peta und ist die insgesamt geschilderte Situation noch mit dem Tierschutzgesetz vereinbar? (Zitatende)

Die Beigeordnete sagt eine schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.2 Vorbeugende und ahndende Maßnahmen gegen Werbeaufkleber  
Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.11.2010  
AN/2115/2010**

**Beantwortung der Anfrage  
5201/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung zur Kenntnis.

SB Herr Dr. Albach kündigt an, noch einmal darauf zurück zu kommen

**3.3 Verschwundene Abfallbehälter im Pantaleonsviertel  
Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.11.2010  
Antwort s. TOP 2.1 im Betriebsausschuss Abfallwirtschaft  
AN/2113/2010**

**s. TOP 2.1 Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

## **4 Mündliche Anfragen**

### **4.1 Stadtweihersituation Mündliche Anfrage von RM Herrn Kienitz**

RM Herr Kienitz erinnert an die Situation am Aachener Weiher im Sommer dieses Jahres, als Enten starben. Witterungsbedingt seien die Stadtweiher jetzt zugefroren. Er fragt, wie die Verwaltung mit dem Problem umgehe und ob die zugefrorenen Gewässer aufgehackt werden, damit Enten, Schwäne oder andere Wasservögel weiter gründen können, um Nahrung aufzunehmen.

Außerdem möchte er wissen, wie die Verwaltung damit umgeht, dass in Notzeiten das Fütterungsverbot nicht mehr besteht.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

### **4.2 Ratsbeschluss vom 10.09.2009 wg. zusätzlicher Stellen im Baumschutz Mündliche Anfrage von RM Herrn Dr. Welpmann**

RM Herr Dr. Welpmann kommt auf den Ratsbeschluss vom 10.09.2009 zurück, mit dem für den Bereich "Baumschutz" die personelle Aufstockung auf insgesamt 5 Stellen beschlossen wurde (Session-Nr.: 1905/2009, Titel: Stellenzusetzungen zur rechtskonformen und sachgerechten Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung).

Er bittet die Verwaltung, noch in 2010 einen schriftlichen Sachstandsbericht bezüglich der Umsetzung des Ratsbeschlusses vorzulegen.

### **4.3 Familienpark unter der Zoobrücke Mündliche Anfrage von RM Frau Welcker**

RM Frau Welcker sagt, sie habe erfahren, dass das Grünflächenamt die Beschlussvorlage zum Familienpark an oder unter der Zoobrücke hinsichtlich der Grünpflege mitgezeichnet habe. Sie möchte wissen, inwieweit dies zu Lasten anderer Pflegemaßnahmen gehe bzw. kompensiert werde.

Sie frage dies vor dem Hintergrund, dass die personellen Stellen in der Grünpflege relativ knapp bemessen seien. Die CDU-Fraktion begrüße das Projekt an sich. Es dürfe jedoch nicht dazu führen, dass im Grüngürtel das Gras noch höher wachse bzw. die Straßenränder nicht gepflegt werden oder andere Pflegemaßnahmen eingestellt oder verringert werden müssten.

Herr Kaune informiert, der Familienpark soll Mitte nächsten Jahres realisiert werden. Direkt seien die Grünflächen nicht betroffen. Darüber, ob und inwieweit das Grünflächenamt für die Pflege und Unterhaltung weiter zuständig sei, werde er sich kundig machen und eine schriftliche Beantwortung nachreichen.

RM Frau Welcker betont abschließend, der CDU-Fraktion sei wichtig zu erfahren, ob die anderen Pflegemaßnahmen darunter leiden bzw. woher das Potential für eine Pflege genommen werde.

#### **4.4 Ökoprofit Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust**

RM Herr Brust kommt auf den Sachstandsbericht zum Projekt ÖKOPROFIT zurück, der in der letzten Sitzung dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wurde. Er fragt, ob das Projekt haushalts- und stellenbezogen gesichert sei, so dass es auch weitergeführt werden könne. Seinem Wissen nach sei die Stelle auf 2 Jahre befristet und laufe im nächsten Jahr aus. Er möchte wissen, ob es mit der Wiederbesetzungssperre Probleme gebe oder ob die Stelle verlängert werden könne.

Herr Liebmann erläutert das Procedere der Wiederbesetzung, das grundsätzlich genauso ablaufe bzw. gestaltet werde, wie sonst auch. Derzeit sei die Situation offen, was bedeute, es sei nicht sicher, ob die Stellenverlängerung möglich sei.

RM Herr Brust fragt nach, ob durch ein Votum der Politik die Stelle gesichert werden könne oder ob überhaupt eine Stelle benötigt werde, da die operative Arbeit von der Firma B.A.U.M. Consult durchgeführt werde.

Herr Liebmann antwortet, die Verwaltung wolle die auf 2 Jahre befristete Stelle durch interne Kompensation beibehalten. ÖKOPROFIT sei eine Maßnahme im Kontext des Klimaschutzprogramms. Insofern sei diese Stelle nicht nur bezogen auf ÖKOPROFIT, sondern auf die Maßnahmen vor allem im gewerblichen und industriellen Bereich des Klimaschutzprogramms.

#### **4.5 Lärminderung Gottfried-Hagen-Straße Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach**

SB Herr Dr. Albach spricht Lärminderungsmaßnahmen in der Gottfried-Hagen-Straße an. Dem Stadtentwicklungsausschuss sei eine konkrete Planungsabsicht der Deutschen Bahn AG in eben diesem Bereich vorgelegt worden. Die Deutsche Bahn AG wolle ein neues Verfahren nutzen, um dort Lärminderung zu betreiben. Er fragt nach dem Preis-Leistungsverhältnis und der Übertragbarkeit des neuen Verfahrens auf Gleise, die von der Stadt Köln betrieben bzw. kontrolliert werden, wie z. B. Gleise der KVB und der HGK.

Herr Liebmann informiert, es handle sich bei der Lärminderungsmaßnahme um die Abschäumung der Schotterbetten und bei der Vorlage um eine Plangenehmigung für eine rd. 700 m lange Strecke. Die Bahn AG erprobe diese Maßnahme dort, da sich gezeigt habe, dass erhebliche Dämpfungen möglich seien und um zu prüfen, inwiefern es möglich sei, im Rahmen der Lärmaktionsplanung einen Vorschlag zu machen, übertragen auf alle Schienenwege, die dieser Möglichkeit entsprechen.

RM Frau Dr. Müller spricht von einem Pilotprojekt, das zunächst ausgewertet werden müsse, um dann die weiteren Schritte zu überlegen.



## **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

### **5.1 Strukturen in der Umweltbildung Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010 AN/2016/2010**

SB Herr Dr. Albach begründet kurz den Antrag und bezieht sich auf die vor 10 Jahren gestellte Anfrage. Die FDP-Fraktion habe den Eindruck, dass sich in der Zwischenzeit wenig verändert habe. Regelmäßig erhalte der Ausschuss Umwelt und Grün Beschlussvorlagen zu Einzelmaßnahmen, wie die Verlängerung der Lehrerstelle im Haus des Waldes oder Maßnahmen im Bereich Flora / Botanischer Garten. Jeder dieser Träger habe sein eigenes Profil und seine eigene Finanzierung. Er rege an, diese Angebote stärker zu bündeln und so sicherzustellen, dass die ständige Unterkapazität beseitigt und die Finanzen an der richtigen Stelle eingesetzt werden.

RM Herr Bacher erinnert an den im Rahmen des Bürgerhaushaltes gestellten Antrag, der die Erstellung eines ganzheitlichen Kölner Umweltbildungskonzeptes gefordert habe. Der Ausschuss Umwelt und Grün habe dies auf Empfehlung der Verwaltung positiv bewertet. Daher sei dem Anliegen der FDP-Fraktion bereits Rechnung getragen worden. Herr Bacher fragt die Verwaltung nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Liebmann bestätigt die Aussage seines Vorredners. Der Antrag der FDP-Fraktion sei noch umfassender und wesentlich konkreter als der Bürgerantrag. Dessen Umsetzung hänge jedoch von den finanziellen und personellen Ressourcen ab. Über die Beschlüsse zum Bürgerhaushalt seien bereits Mittel in den Haushalt eingestellt und teilweise für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt worden. Personelle Ressourcen seien derzeit jedoch nicht vorhanden, da die Stelle im Umweltamt vakant sei. Dies gelte gleichermaßen bei einem Beschluss des Antrags der FDP-Fraktion.

Herr Kaune ergänzt, eine Ausweitung des Angebotes sei nicht möglich. Die Finanzierung der Lehrerstelle in der Waldschule sei nur durch den Antrag im Bürgerhaushalt sichergestellt worden. Die Nachfrage sei bei allen Einrichtungen sehr groß und es gebe Wartelisten von bis zu 2 Jahren. Herr Kaune bietet an, die Einrichtungen des Grünflächenamtes mit ihrem Profil in einem Überblick darzustellen und dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben.

RM Herr Kienitz signalisiert für die CDU-Fraktion die grundsätzliche Zustimmung zum Antrag. Er greift den Vorschlag von Herrn Kaune auf und regt an, alle Akteure zu diesem Thema - z. B. im Rahmen einer Ausschusssitzung oder eines runden Tisches – einzuladen und sich miteinander auszutauschen. Über den Antrag könnte anschließend noch mal beraten werden.

RM Herr Dr. Welpmann räumt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein, dass der Antrag durchaus positive Ansätze habe. Man wolle sich jedoch vor einer Entscheidung noch mit den schulpolitischen Vertretern der Fraktion unterhalten. Daher plädiere er dafür, heute noch nicht über den Antrag abzustimmen.

Herr Liebmann gibt einen kurzen Überblick über die Geschäftsstelle "Umweltbildung" beim Umweltamt, die bereits seit 15 Jahren bestehe. Es existiere ein umfangreiches Netzwerk, auch zu den Schulen und den im Antrag genannten Einrichtungen. Über 10 Jahre habe es ebenfalls ein funktionierendes Forum "Umweltbildung" gegeben, in dem all diese Einrichtungen vertreten waren und die unterschiedlichsten Aktivitäten

koordiniert worden seien. Herr Liebmann weist darauf hin, dass es zwischen den Einrichtungen keine Konkurrenzsituation gegeben habe. Dieses Forum tagt jedoch inzwischen nicht mehr. Er bewerte eine solche Initiative des Antrags mit dem Ziel der Wiederbelebung eines solchen Forums und eines ganzheitlichen Umweltbildungskonzeptes durchaus positiv. Auf Bitte der Ausschussvorsitzenden berichtet Herr Dr. Arentz von der letzten Sitzung des Netzwerkes. Dort sei über das Klimaschutzbildungskonzept informiert worden. Der Klimakreis Köln – ein Zusammenschluss aller Bildungseinrichtungen – arbeite sehr engagiert an der Entwicklung des Klimaschutzbildungskonzeptes, das vom Netzwerk e. V. gefördert werde. Die Stadtverwaltung sei ebenfalls darin involviert und man könnte diese Verbindung und das Engagement nutzen, um die Vernetzung in der Umweltbildung im Sinne eines solchen Forums neu zu beleben.

SE Herr Bilke bittet die Verwaltung um eine Übersicht über die unterschiedlichen Akteure, um nachvollziehen zu können, wer in welchem Netzwerk sei.

RM Herr Bacher unterstützt die Bitte von Herrn Bilke und greift auch die Anregung von Herrn Kienitz auf, speziell zu diesem Thema eine Gesprächsrunde einzuladen.

Nach weiterer Diskussion über das Verfahren lässt die Ausschussvorsitzende über eine Vertagung des Antrags bis Ende März abstimmen:

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein mit allen entsprechenden kommunalen und privaten Akteuren abgestimmtes integriertes Konzept zur Umweltbildung vorzulegen, das besser als heute Qualität und Quantität der Nachfrage gerecht wird.

Dabei ist der Wandel des Bedarfes darzustellen, der sich aus dem Wandel der kulturellen Diversität der Kinder und Jugend in Köln, aus dem Wandel der breiten Themenvielfalt (zwischen Naturerlebnis und Weltklima) und dem Wandel der Schulen und pädagogischen Methoden ergibt. Auf Basis dieses Konzeptes wird die Verwaltung aufgefordert, mit dem Land (Bezirksregierung) und anderen Trägern über Ressourcen und deren Verteilung in Verhandlungen einzutreten, denn dem Wandel bei Nachfrage und „Produkt“ muss vermutlich ein struktureller Wandel der Angebote folgen. Die Suche nach Synergien und Vorschläge zu Fokussierungen sollten Teil des integralen Konzeptes sein, um noch mehr Zeit für Kinder zu ermöglichen. Es ist zu prüfen, wie innovative Ansätze in einem solchen Konzept zu externer Förderung durch die EU, Stiftungen etc. führen könnten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig vertagt in die Sitzung am 24.03.2011.**

## **6 Allgemeine Beschlussvorlagen**

### **6.1 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Mülheim 2. Durchgang 4149/2010**

**Von der Verwaltung zurückgezogen, da die BV Kalk einen gleichlautenden Beschluss gefasst hat.**

**6.2 Kleingartenanlage Im Merheimer Felde in Köln - Holweide  
hier: Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen des Finanzplanes  
3108/2010**

SE Herr Resch gibt zu bedenken, dass siebzehn hohe Bäume mit großen Kronen in einer Kleingartenanlage nicht unproblematisch seien, da sie eine starke Verschattung verursachen. Er fragt, was genau geplant sei und ob der Punkt der Beschattung bei der Planung berücksichtigt sei.

Herr Kaune sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Planung für den Ausbau der Dauerkleingartenanlage mit 79 Gärten zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Baumaßnahme mit Gesamtkosten von 735.000,- EUR zu realisieren.
2. Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltsatzung 2010/2011 - die Freigabe einer im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagten Zahlungsermächtigung in Höhe von 448.800,- EUR aus Teilfinanzplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen; hiervon 435.000,- EUR Hj. 2010 und 13.800,- EURO Hj. 2011.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**7 Mitberatung von Planungsvorlagen**

Keine.

**8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

Keine.

**9 Mitteilungen**

**9.1 Veranstaltungszentrum Flora  
Beseitigung eines Naturdenkmals (fünf Rosskastanien)  
4907/2010**

RM Frau Nesseler-Komp zeigt sich über einige Dinge äußerst verwundert. Zum Einen seien sie und die anderen Ausschussmitglieder zu dem Ortstermin geladen worden. Im Vorfeld sei ihnen aber nicht bekannt gewesen, dass dort eine Abstimmung gegen Naturdenkmale vorgenommen werden solle, weil ansonsten das gesamte Flora-Projekt gefährdet werde.

Zum Anderen komme jetzt diese Mitteilung der Verwaltung über den Ortstermin, in der von einer einstimmigen Zustimmung der Ausschussmitglieder die Rede sei. Sie könne sich nicht erinnern, ein deutliches "Ja" abgegeben zu haben. Im Gegenteil habe sie

dort ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht, diese seien aber anscheinend nicht gehört worden.

Sie bitte in Zukunft bei Projekten dieser Größenordnung so sorgfältig vorzugehen, dass nicht im Nachhinein Entscheidungen unter dem Druck des Scheiterns getroffen werden müssen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller schließt sich der Aussage von Frau Nessler-Komp weitestgehend an. Auch ihr sei nicht klar gewesen, dass dort ein Beschluss gefasst werden müsse. Ansonsten hätten zumindest alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer namentlich im Protokoll aufgeführt werden müssen.

Herr Moers nimmt zur Kritik Stellung und räumt ein, dass die Verfahrensweise nicht so im Nachhinein hätte abgewickelt werden dürfen. Er habe aber ganz klar auf die Problematik und Konsequenz hinweisen müssen. Der Ortstermin sei durchgeführt worden, um eine Entscheidung herbeizuführen, die der Unteren Landschaftsbehörde (ULB) eine gewisse "Rechtssicherheit" gibt. Aus Sicht der ULB seien dafür Landschaftsplan-Änderungsverfahren erforderlich gewesen. Hierauf habe die ULB im gesamten Verfahrensprozess hingewiesen. Weil dies jedoch zu aufwendig sei und zu lange dauere, sei die ULB bereit gewesen, im Vorgriff auf eine spätere LP-Änderung ein Befreiungsverfahren durchzuführen, wenn der Ausschuss Umwelt und Grün dies mittrage. Ihm sei auch wichtig gewesen, dass dies im Protokoll des Ortstermins schriftlich festgehalten werde.

RM Herr Dr. Welpmann, der an dem Ortstermin selbst nicht teilgenommen hat, stellt fest, der Einladung sei nicht zu entnehmen gewesen, dass dort in irgendeiner Weise Ausschussentscheidungen hätten getroffen werden sollen. Er gehe auch davon aus, dass der Ausschuss nicht beschlussfähig gewesen sei. Wenn dies der Fall gewesen sein sollte, hätte zumindest ein namentliches Protokoll erstellt werden müssen. Das ihm vorliegende Protokoll erfülle nicht die Anforderungen an eine Besprechungsniederschrift. Er habe den Ortstermin so verstanden, dass sich die Ausschussmitglieder noch mal vor Ort davon überzeugen wollten und sollten, dass es keine Alternative zur Fällung dieser Bäume gebe.

Der Rat habe dadurch, dass er die Umplanung dieses Veranstaltungszentrums Flora beschlossen habe, indirekt damit auch beschlossen, dass die Bäume weggenommen werden müssen, weil die Umbaumaßnahme anders nicht realisiert werden könne. Dies sei auch im Ausschuss Umwelt und Grün vorgetragen worden und ihm fachlich klar gewesen. Jetzt im Nachhinein eine Genehmigung des Ausschusses aus einem Ortstermin zu konstruieren, sei nicht akzeptabel. Daher kritisiere er den formalen Ablauf und stimme seinen Vorrednerinnen ausdrücklich zu.

RM Frau Welcker betont, es habe sich um eine Einladung zu einem Ortstermin gehandelt, aus der in keiner Weise ersichtlich gewesen sei, dass es da um eine Abstimmung gehe. Da dieser Termin relativ kurzfristig zugestellt worden sei und viele Ausschussmitglieder parallel andere Termine hatten, hätte man die anderen Termine abgesagt, wenn man sich der Tragweite dieses Termins bewusst gewesen sei.

RM Herr Bacher weist auf den Beschluss des Rates hin, das Veranstaltungszentrum Flora in dieser Form zu verwirklichen. Hierzu sei es notwendig, die betroffenen Naturdenkmale zu fällen. Um sich vor Ort ein Bild von der tatsächlichen Notwendigkeit zu machen, seien die Ausschussmitglieder zu einem Ortstermin geladen worden. Klar

sei, dass dort keine Abstimmung erfolgt sei, aber alle Anwesenden hätten mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen, dass eine Fällung notwendig sei.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller pflichtet Herrn Bacher bei, dass auch sie – die im Übrigen allein namentlich im Protokoll erwähnt sei, obwohl sie nicht für den gesamten Ausschuss Umwelt und Grün die Stellvertretung übernehme – das Votum mit großem Bedauern abgegeben habe. Umgekehrt hätte, wenn eine Mehrheit für den Erhalt der Bäume gewesen sei, die Planung für die Sanierung der Flora eingestellt werden müssen.

Beigeordnete Frau Reker bittet die Politik, der Verwaltung eine baldige Aufklärung des Sachverhaltes und Verfahrens und der daraus resultierenden Konsequenzen zu ermöglichen.

## **9.2      Unterschutzstellung der Terrassenkante im Bereich Herrigergasse/Alter Militärring als Naturdenkmal hier: Sachstand zum Ratsbeschluss vom 07.10.2010 4939/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **9.3      Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008 4727/2010**

RM Herr Brust verweist auf Seite 10 der Mitteilung zu Grünzug West. Dort stehe, weil der B-Plan eingestellt worden sei, sei die Realisierung des Grünzuges nur über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in Natur und Landschaft möglich. Er fragt, was dies bedeute und verweist auf den Auftrag, den Grünzug unabhängig vom B-Plan herzustellen.

Herr Dr. Bauer erläutert, der Grünzug West sei seit langem Ausgleichsflächenpool. Dies sei ein Instrument, mit dem man den Grünzug umsetzen wolle.

Auf Nachfrage von Herrn Brust, ob ein bestimmtes Stück Acker angekauft werde, antwortet Herr Dr. Bauer, dass sich der Acker in Weiden befinde. Augenblicklich werde der Ausgleich hauptsächlich in Junkersdorf realisiert, weil es sich dort um städtische Flächen handle, die schneller verfügbar seien. Nichtsdestotrotz sei es möglich, über das Instrument der Ausgleichslenkung auch an private Flächen zu kommen, wenn sie vom Besitzer verkauft werden. Daher habe man versucht, auch über den Bebauungsplan die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Dies sei jetzt nicht mehr der Fall, weil es keinen B-Plan geben werde. Insofern sei über das Instrument der Ausgleichsthematik diese Fläche nur im freihändigen Verkauf zu bekommen.

RM Frau Dr. Müller wendet ein, der Vorschlagstext beziehe sich in erster Linie auf den Stadtteil Weiden. Sie regt an, über die Möglichkeiten in einer der nächsten Sitzungen detaillierter zu informieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

**9.4 Regionale 2010 - Rheinboulevard**  
**Entwurf zur Integration der archäologischen Befunde in die Gestaltung**  
**des Rheinboulevards**  
**hier: Aktuelle Informationen (ohne schriftliche Vorlage)**

Herr Dr. Trier von der Abteilung für archäologische Bodendenkmalpflege und – denkmalerschutz und Herr Dr. Bauer vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation den aktuellen Sachstand zum Rheinboulevard und hier insbesondere die Integration der archäologischen Funde dar.<sup>1</sup>

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Informationen zur Integration der archäologischen Befunde in die Gestaltung des Rheinboulevards mit Interesse zur Kenntnis und die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Dr. Trier und Herrn Dr. Bauer für den interessanten Vortrag.

gez. Dr. Sabine Müller  
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge  
(Schriftführerin)

---

<sup>1</sup> Die Folien des Vortrags sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.